

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands

Pfingsten.

Nun steht im Festgewande Geschmückt der Wald, die Flur, Es geht durch alle Lande Der Hoffnung goldne Spur.

Es ist, als stieg' hernieder Geheimnisvolle Macht, Und schenkte immer wieder Des Dunkels finstre Nacht.

Es ist, wie wenn die Erde Erblühte weit und breit, — Wie wenn sie kommen werde, Der Menschheit Frühlingszeit.

Es ist, als sei ein Wunder Geschehen über Nacht, Als sei die frohe Kunde Vom heil'gen Geiste gebracht.

Vom Geiste, der ausgegossen Auf jene Jünger Schaar, Die mutig, unzerbrochen Am Tag der Pfingsten war.

Denn sie war wohl durchdrungen Von glaubensstarker Macht, Als sie mit feur'gen Zungen Die Botschaft einst gebracht.

Die Botschaft, daß erkoren Sei Wahrheit, Freiheit, Recht, Die Menschen, gleich geboren, Ein adelig Geschlecht.

So lang' nun auf der Erden Die Menschheit hat gestrebt, Um glücklich, frei zu werden, Hat dieser Geist gelebt.

Er ist nicht zu bezwingen Durch Kerker, Turm und Schloß, Vergeblich auch das Ringen Durch Keilsteine und Noß.

Der Geist, er muß erstreben Der Zukunft Mission, Die Menschlichkeit erheben Auf ihren Sonnentron!

W. Schramm.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der in Dresden abgehaltene 9. ordentliche Verbandstag hat mit der ferneren Leitung der Verbandsgeschäfte und Redaktion des Fachblattes den bisherigen Vorsitzenden D. Allmann und mit der Führung der Kassengeschäfte den bisherigen Hauptkassierer Fr. Friedmann beauftragt.

Vorstand des Bäckerverbandes, Hamburg 23, Märzstr. 27, und alle Gebildungen an Fr. Friedmann, Hamburg 23, Märzstr. 27.

Mit dem 30. Juni hört die Auszahlung der Reiseunterstützung in der jetzt gebräuchlichen Form auf und sind von den Mitgliedschaften an diesem Tage die alten (weißen) Formulare von den Unterstützungsauszahlern einzusenden und zu vernichten.

Vom 1. Juli ab erhalten nur Mitglieder Reiseunterstützung, die mindestens 52 Wochen dem Verbandsangehörigen und für diese Zeit ihre Beiträge regelmäßig entrichtet, und zwar wird vom 1. Juli ab Reiseunterstützung in derselben Höhe und mit denselben Formularen wie die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt.

Krankenunterstützung können vom 1. Juli ab Mitglieder, die mindestens 3 Jahre dem Verband angehört, in jedem Jahr bis zur Höchstgrenze von 42 M. erheben.

Beitragsverlassung an franke oder arbeitslose Mitglieder gibt es von jetzt ab nicht mehr.

Beiträge können nur noch nicht unterstützungsberechtigten oder bereits ausgesteuerten Mitgliedern während Arbeitslosigkeit oder Krankheit gestundet werden.

Mitglieder, die 8 Wochenbeiträge restieren, ohne Stundung der Beiträge erhalten zu haben, sollen in Zukunft von dem Kassierer der Mitgliedschaft gemahnt werden.

Vom 1. Juni ab haben die Mitgliedschaften von jedem einzufordernden Wochenbeitrag 35 S an die Hauptkasse abzuleisten, dagegen an die Hauptkasse nichts mehr.

Neue Abrechnungsformulare und neue Kassendbücher werden den Mitgliedschaften Mitte Juni zugestellt.

Die Mitgliedschaften haben also nur noch für April und Mai von jedem Beitrag 1 1/2 S an die Hauptkasse abzuführen.

Das neue Statut mit den Reglements wird den Mitgliedschaften Mitte Juni zugestellt. Das Protokoll des Verbandstages wird zur gleichen Zeit verandt und an die Mitglieder, welche die Beiträge für Monat Juni voll entrichten, unentgeltlich verabfolgt.

Ausschlüsse von Mitgliedern aus dem Verbandsverband können von jetzt ab nur durch die Hauptverwaltung vorgenommen werden (mit Ausnahme derjenigen, die länger als 13 Wochen Beiträge restieren und von den Mitgliedschaften auszuschließen sind).

Das bisherige Mitglied Max Hegemann wurde von der Generalversammlung wegen seines die Organisation schädigenden Treibens aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand. S. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Wen wählen wir am 16. Juni in den Reichstag?

„Wer die Wahl hat, der hat die Qual!“ sagt ein altes Sprichwort, und das deutsche Volk befindet sich augenblicklich in einem Zustande der Qual, denn von allen Seiten eilen die Kandidaten herbei und bieten sich an.

Von allen Seiten marschieren jetzt die Parteien auf und lassen ihre Panzer und Ladungen ertönen. Die Wahlaufträge der verschiedenen Parteien sind erschienen und der arme geplagte Wähler hat nun die Aufgabe, diese Kundgebungen zu lesen und dann seine Wahl zu treffen.

hüllen, sie verdunkeln mehr als sie aufhellen. Die konservativen Junker gestehen nicht ein, daß sie durch Zölle den Ertrag ihres Großgrundbesitzes steigern wollen, sondern sie versichern vielmehr dem Mittelstande und dem kleinen Bauern ihre heißeste Liebe.

Als ein besonders dankbares Objekt erscheint diesen bürgerlichen Parteien offenbar der Mittelstand, den sie mit aller Gewalt retten wollen.

Welches diese Wünsche sind und worin diese Unterstützung bestehen soll, das verschweigen sie Mißweislich. Ebenso verschweigen sie auch, daß der Mittelstand durch den neuen Zolltarif, der ihm die Werkzeuge und Rohstoffe verteuert und die Kaufkraft der großen Masse schwächt, schwer geschädigt wird.

Fühst du dich nicht sehr gehoben, lieber Kollege, in dieser Wahlzeit, wo man dich von allen Seiten umschmeichelt und unwirkt, als wenn du eine reiche Erbin oder eine Ballkönigin wärest?

Wie in einem Kaleidoskop die Bilder wechseln und immer neue Zusammensetzungen vor dem Auge des Zuschauers erscheinen, so ist es auch mit dem Parteileben in unserem lieben deutschen Vaterlande.

Die erste große Gruppe ist die Vertretung des unbeweglichen Kapitals, des Grund und Bodens, des Agrarierturns; sie umfaßt die Deutschkonservativen, die Freikonservativen, den Bund der Landwirte, den rechten Flügel der Nationalliberalen und die deutschsoziale (antisemitische) Reformpartei.

Im politischen Bezugs sind diese Leute



Beschluß nur der Disziplinlosigkeit der Mitgliedschaften in der Frage der Lohnbewegungen Vorbehalt gelassen würde. Am Mittwoch referierte zunächst der Hauptreferent eingehend darüber, wie sich die Unterstützungsvereine im Verbande im ersten Quartal bewährt haben, dabei die großen Verfehlungen gegen das Reglement, wie sie in Dortmund und Bad Neichenhall vorgekommen, scharf kritisierend. Nach eingehender sachlicher Debatte, in der alle Delegierten mit den Wirkungen der Unterstützungsvereine ihrer Befriedigung Ausdruck geben, wurden nur die Anträge des Vorstandes auf Einführung der Reise-Unterstützung in derselben Höhe und Form wie die Arbeitslosen-Unterstützung; Anrechnung der Militärzeit für Mitglieder, die vor der Verbandszeit dem Verbande angehört, und Erweiterung der Krankenunterstützung in der Weise angenommen, daß alle Mitglieder, welche drei Jahre dem Verbande angehören, jedes Jahr bis zur Höhe von 42 M. Krankenunterstützung beziehen können. Die Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Erhöhung der Unterstützung wurden abgelehnt, weil der Verbandstag der Meinung war, daß man erst mit den jetzigen Unterstützungsvereinen die Organisation stärken und eine rührige Agitation dazu entfalten müsse.

Ueber „Unsere zukünftigen Lohnbewegungen und Streiks“ referierte Allmann in eingehender Weise. Er bespricht einleitend die Verhältnisse im Bäckereibetrieb, die Schäden des Kost- und Logiswesens, die Nacharbeit, die sanitären Mißstände. Es müsse festgehalten werden vor allem auch an der Beseitigung des Kost- und Logiswesens. Wenn es Kollegen geben sollte, die diese Forderung nicht mehr für zeitgemäß halten, so müsse das an den Führern liegen. Redner kommt dann auf die Durchführung der Bäckereiverordnung zu sprechen. Vielleicht ist die Kontrolle der Behörden eine durchaus ungenügende. Es liege an den organisierten Kollegen, dafür zu sorgen, daß solche Missetäter, die fortgesetzt die gesetzlichen Bestimmungen übertreten, bestraft werden. Die Regierung habe nach seiner Meinung nicht die Absicht, die fortwährenden Verstöße gegen die Maximalarbeitszeit entgegenzukommen; denn sie kann doch unmöglich den Phrasen der Reaktionsäre mehr Bedeutung beilegen, als den Berichten ihrer Fabrikinspektoren z. B. Betreffs der Durchführung der Sonntagsruhe müsse besonders in Rheinland und Westfalen etwas getan werden, vielleicht durch Entsendung eines tüchtigen Agitatoren. In allen Bäckereien mit durch Motor oder Dampf betriebenen Hüllmaschinen müsse die Forderung: 6 Arbeitsstunden pro Woche à 8 Stunden gefordert und als durchführbar bezeichnet werden. Die Forderung der Abschaffung der Nacharbeit müsse so lange zurückgestellt werden, bis die Forderung der Abschaffung von Kost und Logis durchgeführt ist.

Wiel gefährlicher für die Bestrebungen der Bäckereigehilfen und für etwaige Lohnbewegungen sind die an vielen Orten im Anschluß an die Innungen ins Leben gerufenen Einkaufsgenossenschaften, da sie in aller Stille Kriegsfonds ansammeln können. Der Zentralarbeitsnachweis des Innungsverbandes Germania werde nichts weiter werden, wie ein internationales Streikbrecher-Büro. Bei Streiks müsse noch vorsichtiger als bisher vorgegangen werden, weil sie durch die neueringerichteten Unterstützungsvereine noch viel größere Opfer erfordern. Künftig wird niemand im Falle eines Streiks Unterstützung bekommen, wenn er nicht — wie es das Streikreglement verlangt — mindestens ein halbes Jahr Mitglied ist. Redner wendet sich gegen die bei Streiks inszenierten freiwilligen Sammlungen. Die Gewerkschaften müssen sich daran gewöhnen, ihre Streikmittel selbst aufzubringen, wenn es sich nicht um ganz besondere Verhältnisse handelt.

Gäpner als Korreferent ist betr. zukünftiger Streiks mit den Ausführungen Allmanns einverstanden, verteidigt aber seine Haltung betreffs des Streiks in Regensburg und der Lohnbewegung in München.

Freitag-Leipzig referiert über die Bedeutung der Maifeier und fordert, daß die Kollegen in allen Betrieben, wo sie alle organisiert sind drei Viertel derselben sich für vollständige Arbeitsruhe erklären, auch die Arbeit ruhen zu lassen. Demgemäß wird beschlossen.

Nach langer Diskussion, in der sich die meisten Redner in unbedeutenden Einzelheiten verlieren, greift Allmann in seinem Schlußwort diesen Uebelstand aufs Schärfste an und warnt nochmals dringend zur Vorsicht bei Inszenierung von Lohnbewegungen. Die bekannte Mainzer Resolution wurde einstimmig wieder durch Beschluß der Mitglieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mittel zur Beschaffung brauchbarer Literatur gegen die Nacharbeit zu beschaffen, damit auch dieser so notwendige Kampf vorbereitet würde.

Nach der Berichterstattung durch Gehold-Berlin vom Gewerkschaftskongreß wurde beschlossen, daß alle Verbandsbeamten verpflichtet sind, sich der Unterstützungsgemeinschaft des Vereines „Arbeiterpresse“ anzuschließen und trägt der Verband die Hälfte der Beiträge.

In einem sachlich gehaltenen Referat bespricht der Redakteur Allmann sodann eingehend die Preisverhältnisse in der Organisation und gibt seiner Genehmigung dahin Ausdruck, daß das Fachorgan sich zu einer schneidigen Waffe in unserem Kampf entwickelt habe und von den Gegnern gesücht und gehaßt sei.

Mit dem Inhalt des Blattes sind alle Delegierten einverstanden und werden die Anträge auf Bildung einer Preiskommission abgelehnt, andere Wünsche dem Redakteur zur Berücksichtigung überwiesen.

Für den Simmelfahrtstag hatte die Mitgliedschaft Dresden einen Ausflug in die herrliche böhmische Schweiz arrangiert, der allen Delegierten stets in der Erinnerung wachbleiben wird, bot er doch neben tüchtigem Marsche und anstrengender Bergtragelei auch für fast jeden Delegierten dem Auge nie gebotene Naturschönheiten!

Am Freitag ging es wieder mit frischem Eifer an die Arbeit und wurde mit geringfügigen Änderungen die vom Vorstand ausgearbeitete Statutenvorlage beraten und beschlossen. (Siehe Änderungen gegen früher in der Vorstandsberichterstattung.)

Danach wird in die Verhandlung über Punkt 4 der Tagesordnung: „Das Verhältnis der organisierten Bäckereiarbeiter zu den Konsum- und Produktivgenossenschaften“, eingetreten. Zu diesem Zwecke haben 22 Vereine zum Verbandstag 38 Vertreter entsandt. Dieser Tagesordnungspunkt enthält folgende Abschnitte: a. Die Bedeutung der Warenfabrikation der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. b. Die sanitären und technischen Einrichtungen dieser Betriebe. c. Die Arbeits- und Lohnbedingungen der in solchen Betrieben beschäftigten Kollegen. d. Die Arbeitsvermittlung nach diesen Betrieben.

Zu jedem einzelnen Absatz ist vom Verbandstag ein Referent bestimmt.

Ueber Absatz a referiert Allmann-Hamburg. Er führt aus: Der Verbandstag beschäftigte sich zum ersten Male mit einer solchen Sache. Durch den Ausschluß der Genossenschaften sei es notwendig geworden, diesen Fragen einmal näher zu treten. Die Eigenproduktion der Konsum-

vereine habe sich als praktisch erwiesen und sei es klar, daß diese leistungsfähiger seien, als die vielen Kleinbetriebe. Die Konzentration dieses Produktionszweiges in Großbetriebe sei so wie so schon vorhanden. Doch müsse vorgebeugt werden, daß diese allein in die Hände des Großkapitals gespielt werden. Das sei durch die Konjunktionsgenossenschaften sehr wohl möglich und es brauche deshalb bei uns in Deutschland nicht erst soweit zu kommen, wie in Amerika, wo die Trusts sich auch dieses Gebiets bemächtigt haben. Auch die Bäckereiarbeiter haben ein Interesse an der genossenschaftlichen Produktion, denn ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen kämen dadurch auf ein höheres Niveau. Auch die Produktion der kleinen Waren habe sich rentabel gezeigt, wie das vorbildliche Beispiel Magdeburg-Neustadt bewiesen. Aus all diesen Gründen müsse die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion gefördert werden.

Ueber Absatz b referiert Freitag-Leipzig. Er führt aus, daß die technischen Einrichtungen selbstverständlich denen der Kleinbetriebe überlegen seien. Erwünscht seien in sanitärer Hinsicht noch Verbesserungen erwünscht. Durch die vielen Defekte entstehe zum Beispiel große Hitze, die eine bessere Ventilation im Interesse der Gesundheit der Arbeiter notwendig mache. Eine gegenseitige Verständigung mit Fachleuten würde es den Verwaltungen solcher Genossenschaften ermöglichen, in dieser Hinsicht Besserung zu schaffen. Die Statistik des Vorstandes des Bäckerverbandes biete übrigens sehr lehrreiches Material für die Genossenschaften. Er bitte die anwesenden Vertreter, davon Notiz zu nehmen.

Zu Punkt c referiert Hahl-Dresden. Er führt aus: Er schide voraus, daß es selbstverständlich sei, daß, wenn die Bäckereiarbeiter bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Genossenschaftsbäckereien Rechte verlangen, sie auch Pflichten haben. (Sehr richtig!) Er müsse leider zugeben, daß die Kollegen oft in dieser Hinsicht gesündigt hätten. Dabei müsse aber berücksichtigt werden, daß die Bäckereigehilfen noch mit diesen Fragen wenig vertraut seien. Durch gegenseitige Verständigung würden die hieraus resultierenden Uebelstände beseitigt werden. Erfreulich sei, daß man der Regelung der Arbeitszeit viel Rechnung getragen habe. Die Arbeitslöhne ließen noch manches zu wünschen übrig. Die Dividendenjagd sei daran Schuld und hier sei Recht und Pflicht nicht immer gleich. Man vergesse oft, daß die Arbeiter auch zugleich Genossenschaftler seien. Den fortwährenden Beschwerden, mit denen sich die Konsum-Genossenschaftsverwaltungen beschäftigen müssen, könne vorgebeugt werden dadurch, daß Tarifvereinbarungen gegenseitig getroffen würden. Hierüber würde ein gesundes und zufriedenstellendes Verhältnis geschaffen werden können. Redner beantwortet die Stündigen Arbeitsstunden in den großen Betrieben, 21 M. Wochenlohn für kleine und mittlere Städte und 24 M. für die Großstädte. Diese Forderung sei durchaus bedenklich, denn in vielen Privatbetrieben würde das Gleiche, sogar mehr gezahlt. Ueberstunden sollen mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Auch dürfe nicht mehr vorkommen, daß Frauen von Hausmännern mit beschäftigt werden, dafür Bezahlung aber nicht erhalten. Ebenso müsse das Kost- und Logiswesen, das leider auch in den Genossenschaftsbäckereien zum Teil noch vorhanden, abgeschafft werden. Die Gewährung von jährlich einer Woche Ferien sei jedenfalls auch eine Forderung, die nicht zu hoch gespannt sei. Hier müsse aber darauf gesehen werden, daß den Arbeitsausfall nicht die anderen Arbeiter herausholen müssen, sondern daß während der Ferienzeit Aushülfskräfte eingestellt werden.

Ueber Absatz d spricht Lanke-Suttgart. Er wünscht, daß die Genossenschaften die Bäckereigehilfen vom Arbeitsnachweis des Verbandes nehmen sollen. Beweiserlich sei, daß einzelne Verwaltungen Arbeitskräfte in Innungsorganen gesucht hätten, die gleichzeitig gegen die Genossenschaften ankämpften.

In einem weiteren Referat bespricht noch Kreis-Schmer-Samburg die Unfallversicherungsvorschriften in diesen Betrieben. Er meint, daß auch die Konsum- und Genossenschaftsverwaltungen nötig hätten, auf die Durchführung dieser Vorschriften zu sehen. Am Schluß seiner längerer, die technischen Momente berührenden Ausführungen gibt er der Ansicht Ausdruck, daß die beste Unfallverhütungsvorschrift die Verfürzung der Arbeitszeit sei.

Zur Diskussion erhält zunächst das Wort Dr. Vorchardt-Charlottenburg: Er bemerkt, daß auseinander zu halten sei: Produktivgenossenschaft für den Markt und solche für den direkten Konsum. In dem letzteren wäre eine organische Verbindung vorhanden, weshalb da auch die Verhältnisse ganz andere seien, es sei gut, daß die Entwicklung nach dieser Richtung sich bewege. Er bitte das zu beachten. Der Vorsitzende erucht, daß zunächst die anwesenden Genossenschaftsvertreter sich zu diesem Punkt äußern.

Spiehr-Frankfurt a. M. (Produktivgen.) gibt seine praktischen Erfahrungen kund und spricht sich für die Forderungen der Bäckereiarbeiter aus.

Wod-Comenewitz spricht sich für Errichtung von Genossenschaftsbäckereien aus, gleichviel ob sie rentabler als Privatbetriebe seien. Er beantwortet auch die Bemerkung des Verbandsarbeitsnachweises, wendet sich aber gegen Schablonisierung der Lohnsätze nach dem vorliegenden Vorschlage.

Winter-Blagwitz kann für seinen Verein keine bindende Erklärung abgeben, hofft aber, daß sein Verein sich nicht ablehnend verhalten wird.

Lange-Hilbesheim ist für alle Forderungen und erörtert einige Mißstände in Konsumbäckereien, die er scharf verurteilt.

Tidmann-Leipzig erklärt, daß die Beratungen nur theoretische Bedeutung haben können. Bindende Beschlüsse könnten nicht gefaßt werden, da die Verwaltungen der Konjunktionsgenossenschaften erst dazu Stellung nehmen müßten. Die Verhandlungen seien aber der erste Schritt zu dauerndem Frieden. Alle Anträge in bestimmter Form seien jetzt unpraktisch.

Hart-Altenburg steht den Forderungen ebenfalls nicht entgegen.

Schulz-Stuttgart erklärt, daß sein Verein den Arbeitsnachweis der organisierten Bäckereigehilfen nicht anerkenne. Er wolle aber dafür wirken, daß das nun geschehe. Für Ueberstunden bezahle dagegen sein Verein 50 Pct. Zuschlag. Für einen Tarifvertrag sei auch er.

Holzmacher-Magdeburg wünscht noch mehr Klärung in dieser Frage.

Schmidchen-Harburg spricht sich warm für Tarifverträge aus. Das wäre nützlich für die Bäckereiarbeiter wie auch für die Genossenschaften. Die Dauer solcher Verträge dürfe nicht auf länger als zwei Jahre ausgebeht werden. Diese Erklärung könne er aber nur als Vertreter seines Vereines machen.

In ähnlichem Sinne sprechen sich auch Brenner-Crimmichau und Hüner-Notibus aus. Es findet eine Resolution Tidmanns-Leipzig Annahme, die lautet: „Die heute anwesenden Vertreter der Genossenschaften erachten tarifliche Vereinbarungen mit dem Bäckerverband als not-

wendig und erklären, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß solche zu Stande kommen.“

Damit hat sich die gemeinliche Tagung erledigt und die Delegierten des Verbandstages erhalten das Wort. Nach längerer lebhafter Debatte wird ein Antrag auf Einsetzung einer Tarifkommission abgelehnt, dagegen ein Antrag, die Regelung der ganzen Angelegenheit dem Verbandsvorstand zu überweisen, angenommen.

Am Sonnabend wurde über den Punkt „Agitation und Gaueinteilung“ verhandelt. Friedmann vertrat in seinem Referat den Standpunkt des Vorstandes, daß es demselben überlassen bleiben müsse, in derselben planmäßigen Weise wie bisher nach und nach für alle Gaue tüchtige Agitatoren als Gauleiter anzustellen. Nur auf diesem Wege sei planmäßig zu agitieren.

Gäpner begründet seinen Antrag, daß die Abrechnungen der Mitgliedschaften an die Gaue wegfallen sollen, dafür aber von jedem Wochenbeitrag ab 1. Juni 25. M. an die Hauptkassa abzuliefern sind, wovon diese sämtliche Agitationskosten und Besoldung aller Beamten tragen soll. Der Antrag wird von den meisten Rednern energisch befürwortet, wie überhaupt die einmütige Ueberzeugung, daß in der Agitation unter Oberleitung des Verbandsvorstandes noch besser und planmäßiger gearbeitet werden müsse, in imponanter Weise zum Ausdruck kam! Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung angenommen und darauf folgendes Gaureglement zum Beschluß erhoben:

Der Verbandsvorstand hat das Gebiet des Deutschen Reiches in zweckentsprechender Weise in Gaue einzuteilen und alle Mitgliedschaften ihrem Gau zuzuteilen.

Zur Ausführung der Aufgaben des Gaues wird ein Gauvorstand von drei bis fünf Personen gewählt. Der Gauvorstand ist dem Verbandsvorstand verantwortlich und bedarf dessen Bestätigung. Die Wahl erfolgt auf den Gautagen. Den Vorort des Gaues (Sitz des Gauvorstandes) bestimmt der Verbandsvorstand.

Macht es sich notwendig, für einen Gau einen besolten Gauvorsteher anzustellen, so erfolgt dessen Wahl und Festsetzung der Anstellungsbedingungen durch den Verbandsvorstand.

Zur Kontrolle der Kassen- und Buchführung des Gauvorstandes hat die Mitgliedschaft des Vorortes drei Revisoren zu wählen, welche die Kassen- und Buchführung mindestens allmonatlich zu revidieren haben.

Die Gauvorstände haben die Aufgabe, nach Verständigung mit dem Verbandsvorstand die Agitation für den Verband in ihrem Gau zu betreiben und dem Verbandsvorstande auf dessen Ansuchen sowie aus eigener Initiative Informationen des Gaues zu erteilen.

Außerdem sind Aufträge des Verbandsvorstandes betr. Agitation, Revision von Mitgliedschaften usw. unverzüglich auszuführen. Ueberhaupt hat jeder vom Gauvorstand ausgesandte Agitator die Pflicht, Kassen- und Buchführung in den Zustellen zu prüfen, auf vorhandene Fehler aufmerksam zu machen und ihre Beseitigung zu veranlassen. Die Zustellen sind verpflichtet, jede Anfrage der Gauvorstände prompt zu beantworten.

Der Verbandsvorstand hat über die Gauvorstände die Kontrolle auszuüben, sowie über Streitigkeiten in den Gaue zu entscheiden; hat bei etwaigen Unregelmäßigkeiten innerhalb derselben Ordnung zu schaffen und hat das Recht, Gauvorstände, die sich seinen Anweisungen nicht fügen, von ihren Posten zu entsetzen und neue einzusetzen, eventuell den Vorort zur Neuwahl zu veranlassen.

Ferner haben die Gauvorstände dem Verbandsvorstand jedes Quartal eine Abrechnung über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Gauleitung einzuliefern, sowie alljährlich einen Bericht über die Entwicklung der Organisation im Gau unter Berücksichtigung aller wichtiger Vorkommnisse und einen Kassenbericht im Fachorgan zu veröffentlichen.

Zur Agitation erhalten die Gauvorstände auf ihr Ansuchen die Mittel vom Vorstande des Verbandes bewilligt, jedoch ist dem Gesuch eine Uebersticht über die Ausgaben seit der letzten Gelbbewilligung beizufügen.

Bei etwaigen Lohnbewegungen und Streiks kann der Verbandsvorstand die betr. Gauvorstände damit beauftragen, die Interessen des Verbandes bei denselben zu vertreten.

Diejenigen Unkosten, welche sich aus der Leitung etwaiger Streiks ergeben haben, werden nach Vorlage einer spezifizierten Rechnung aus der Verbandskasse an die Gauleitung zurückerstattet.

Die Einnahmen der Gauleitung dürfen nur einzig und allein für Agitation und Verwaltung verwendet werden.

Alle zwei Jahre einmal im September oder Oktober, und zwar immer in dem Jahre, in welchem kein Verbandstag stattfindet, werden in allen Gaue Gauleitungen abgehalten.

Die Einberufung der Gauleitung ist Sache des Gauvorstandes, der sich vorher über Ort und Zeit mit dem Verbandsvorstand zu verständigen hat.

Zur Vertretung auf den Gauleitungen ist jede Mitgliedschaft verpflichtet. Die daraus entstehenden Unkosten haben die Mitgliedschaften aus ihren Lokalfassen zu decken.

Diese Gauleitung haben sich in der Hauptsache damit zu beschäftigen, wie im Gau die Agitation am wirksamsten betrieben werden kann. Ferner sind geeignete, der Situation entsprechende Themen über Arbeiterschutz und Versicherung, über die Lehrlingszucht in unserem Berufe usw. zur Beratung zu stellen.

Mit Beschluß des Reglements waren die meisten Anträge erledigt und wurden nur die zwecks Anstellung von Gauleitern dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Betr. des Verhaltens der Mitgliedschaft Magdeburg, welche sich weigerte, die statutarisch festgesetzten Gauleitungen an den vom Verbandsvorstand eingesetzten Gauleiter abzuliefern, wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution dieses Verhaltens scharf gerügt und die Mitgliedschaft aufgefordert, ihre Pflichten zu erfüllen.

Sodann wurde der Vorstand noch mit der Vornahme statutarischer Erhebungen in allen Verbandsorten betraut; ebenfalls wurde er beauftragt, die Vorarbeiten für einen internationalen Bäckerkongreß zu übernehmen, wozu vier Delegierte gewählt wurden. Die Anträge, betr. Sitzverlegung von Hamburg, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und als Sitz des Vorstandes Hamburg, als Sitz des Ausschusses München wieder bestimmt.

Nach fand ein Antrag einstimmig Annahme, der besagt, daß der Verbandsvorstand zu jeder Zeit berechtigt ist, eine Verschmelzung mit dem Konditorenverband vorzunehmen, und zwar unter Uebernahme von deren Beamten auf unseren Verband, wenn sich eine Verschmelzung beider Verbände ohne bedeutende Statutenänderungen ermöglichen läßt.

Offen wir, daß die Beschlüsse des Verbandes dazu beitragen werden, denselben durch Gewinnung neuer Kämpfer zu vergrößern, aber auch durch kräftigen Ausbau im Innern zu stärken und zu festigen. Durch die legendreich wirkenden Unterstützungsvereine

richtungen hat der Verband neue Werbe-  
kraft errungen! Also entfaltet eine  
rührige Agitation, ihr Mitkämpfer und  
Mitglieder und wir werden rüstige Fort-  
schritte machen! Vorwärts! Sei stets eure  
Parole!

### Die Bäckereiverhältnisse vor der Bürgerschaft (Stadt- parlament) in Bremen.

Bei der Besprechung des Jahresberichtes des bremi-  
schen Gewerbeinspektors in der Bürgerschaftsversammlung  
am der Genossenschaftsvereinigung auf die Bäckereiverhältnisse  
zu sprechen, indem er ausführte: Aus dem Bericht geht  
eigentlich hervor, daß die Zahl der Revisionen im  
vorigen Jahre zugenommen hat; es sind 96 pzt. aller  
Betriebe revidiert, und auch nur 3 pzt. der Arbeiter nicht  
von der Revision betroffen. Namentlich auch kleinere Be-  
triebe sind revidiert worden, und es haben sich da besonders  
in der Bäckereigewerbe Verhältnisse gezeigt, wo zu klagen war  
darüber, daß die Verordnung des Bundesrats über die  
Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Die Bäckereimeister  
erklären, daß ihnen das nicht möglich ist. Aber in Bremen  
hat sich diese Verordnung doch durchzuführen lassen. Die  
Meister üben doch insofern einen Zwang auf die Gesellen  
aus, nichts von einer Ueberschreitung dieser Verordnung  
zu sagen, als den Gesellen Entlassung und Nichtwiederein-  
stellung bei einem hiesigen Meister in Aussicht steht. Auch  
durch die geringen Strafen, die wegen Ueberschreitung dieser  
Verordnung verhängt werden, bestärkt man die Meister in  
ihrem Widerstande gegen diese Verordnung.

Darauf führte der liberale Herr Schütte (Großkauf-  
mann) folgendes aus:

Sch bin der Meinung, daß unser Bäckergewerbe nicht  
mit der Zeit fortschreitet. Die Bäcker stehen in bezug auf  
Ausstattung ihrer Läden auf einer viel tieferen Stufe als  
die Schlachter und Krämer. Ich meine, sie hätten Anlaß,  
ihre Geschäfte so auszustatten, daß sie verlockend auf die  
Passanten wirken. Aber wenn man den Bericht des Ge-  
werbeinspektors über die Bäckereien liest, daß es vorkommt,  
daß in den Backstuben oft Wäsche getrocknet wird, und daß  
die Gesellen sich in der Backstube saubern, so muß man  
sich wundern, daß solche Zustände in Bremen, das sonst so  
reinlich ist, vorkommen können. Ich stelle deshalb folgenden  
Antrag: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizei-  
direktion zu beauftragen, geeignete Verfügungen zu er-  
lassen, welche Abhilfe schaffen gegen die im Bäckergewerbe  
oft vorkommenden Ungehörigkeiten, über welche der dies-  
jährige Bericht der Gewerbeinspektion Mitteilung macht.“

Senatskommissar Herr Senator Stadländer: Die  
Polizei und die Gewerbeinspektion sind seit langer Zeit  
mit dem Bäckergewerbe beschäftigt, aber die zu treffenden  
Maßnahmen sind sehr einschneidend. Manche Häuser  
werden kaum geeignet sein, daß solche Einrichtungen in  
ihnen getroffen werden können. Verhältnisse sind da, und  
es ist dringend zu wünschen, daß Abhilfe geschaffen wird.

Jetzt erstand den Bäckereimeistern ein Ketten in ihrem  
Kollegen H. Heintze, über dessen Bäckerei in Nr. 18  
d. H. von unseren Bremer Kollegen Klage geführt wurde.  
Dieser Herr jagte unter anderem:

„Die Bäcker haben nicht den Verdienst der Schlachter,  
daher können sie auch auf die Ausstattung ihrer Geschäfte  
nicht so viel verwenden wie die Schlachter. Ueber  
den Maximalarbeitszeit im Bäckergewerbe kann Herr  
Heintze kein Urteil erlassen, da er nicht selbst Bäcker  
ist. Ich gebe mir zu bedenken, daß manche Stunde hingehet,  
in welcher der Bäcker während seiner Arbeitszeit nichts  
zu tun kann. Wir tun das Möglichste, um vorhandene Uebel-  
stände abzuwehren, und das sollte man auch anerkennen.  
Wenn ich einmal wieder jung werden würde, was ja nicht  
möglich ist, dann würde ich nicht nur für gesunde Arbeits-  
räume sorgen, sondern auch für Baderäume, Unterhaltungs-  
räume und womöglich für ein Musikzimmer.“

Mit solchen abstrakten Sätzen vom Unterhaltungs-  
zimmer und „Musikzimmer“ glaubte sich der Herr über  
die berechtigste Kritik seiner Rede über die Bäckerei-  
verhältnisse hinwegsetzen zu können! Seine Behauptung,  
daß in der Bäckerei manche Stunde hingehet während der  
Arbeitszeit, in welcher die Arbeiter nichts zu tun können,  
ist eine Unwahrheit! Aber mit solchen Sachen glaubt man  
dem Nichtschonemann Sand in die Augen zu reiben zu können.  
Unsere Kollegen werden daraus Anlaß nehmen, dem Publi-  
kum Klarheit über Arbeitszeit und Arbeits- und Schlaf-  
räume zu verschaffen.

Herr Rippe regte hierauf an: Ich möchte empfehlen,  
daß der Gewerbeinspektor in seinem nächsten Berichte sich  
darüber äußere, ob sich nicht von gesundheitlichen Stand-  
punkte aus die Einrichtung eines öffentlichen Bad-  
hauses empfehle.

Herr Ober: Die Beschäftigung in den Bäckereien ist  
der Gesundheit nicht zugänglich; daher ist es auch not-  
wendig, daß die Maximalarbeitszeit nicht überschritten  
wird. Ich halte den Antrag von Herrn Schütte für ge-  
rechtfertigt. Die Polizeidirektion würde gut tun, wenn  
sie die Beispiele anführt, die Bäckereien oft zu revidieren.

Senatskommissar Herr Senator Stadländer: Diese  
Sätze von Herrn Ober ist überflüssig, denn die Polizei  
revidiert die Bäckereien häufig, aber sie erzählt von den  
Gesellen nichts. Wegen der Arbeitsräume ist die Reichs-  
regierung seit einiger Zeit mit Maßnahmen beschäftigt  
und hat sich an die Bundesregierungen um Auskunft ge-  
wandt. Das ist der Grund, weshalb wir nicht jetzt vor-  
gehen.

(Zur dem Jahre 1899 karriert man das Publikum und  
die Bäckereiarbeiter vergebens an die von Herrn Ober  
den Reichstagen zugewiesenen „generellen Vorschriften“  
über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien“ und  
auch immer hört man von deren Verwirklichung nichts!  
Die Redaktion.)

Man warichertien noch einmal die beiden Meister vom  
Hofweg an. Herr H. Heintze: Der Gesundheitszustand  
unter den Bäckereigesellen ist nicht so schlecht, wie Herr Ober  
ihm darstellt, denn unter den eingeschriebenen Hausstätten  
beziehen wir Bäcker für unsere Käse die geräumigsten Be-  
triebe. Auch das spricht dafür, daß ich in den 22 Jahren,  
während welchen ich mein Geschäft habe, keinen meiner  
Angehörigen habe ins Krankenhaus bringen müssen.

Herr J. C. H. Kretz: Es ist nicht wahr, daß je ein  
Bäckereigeselle entlassen worden ist, weil er von einer Ueber-  
tretung der Verordnung Anzeige gemacht hat. Wohl sind  
sie entlassen, wenn sie sich etwas haben zu Schulden  
kommen lassen. Ueber Herrn Schütte's Ausführungen habe  
ich mich gewundert. Ich weiß nicht, was die Läden hier  
schlechter sein sollen als in anderen Städten. Es geht  
nicht an, daß die Häuser immer voll Brot gepackt sind,  
denn das soll frisch gegeben werden und verkauft in der  
Anstalt an Gehirne. Ich habe erwartet, daß Herr  
Schütte in seinen Anstellungen etwas vorzüglicher gewesen  
wäre. Für Bäckereimeister leben mit unseren Gesellen in

Frieden und sie sind der Sozialdemokratie nicht zugänglich.  
Daher und da ein Betrieb den Vorschriften nicht ent-  
spricht, gebe ich zu, aber das werden Sie in allen Gewerben  
finden. Der Gewerbeinspektor wird bestätigen, daß wir  
selbst gebeten haben, die Bäckereigewerbe revidieren zu  
lassen. Wir sind bereit, für Reinlichkeit und gutes Brot  
zu sorgen, das ist auch schon deshalb nötig, um unsere  
Existenz zu fristen, denn die Zahl der Bäckereien ist in  
unserer Stadt besonders groß, und das Einkommen ist  
daraus sehr minimal.

Beweise dafür, daß in Bremen wie anderswo Bäder-  
gefallen gemahregelt wurden, weil sie Ueberschreitungen des  
Maximalarbeitszeitgesetze zur Anzeige brachten, lassen sich zu  
Tausenden erbringen. Nach bäckereimeisterlicher „Wahr-  
heitsliebe“ dagegen sind sie nur entlassen, weil „sie sich  
etwas haben zu Schulden kommen lassen.“ Wenn man  
dann alle diese für ihre Rechte eintretenden Arbeiter ge-  
mahregelt hat, dann stellen sich die Herren hin und brühen  
sich: „Wir leben mit unseren Gesellen in Frieden.“ Das  
ist die noble Kampfweise der Bremer Bäckereimeister! Aber  
die Gesellenchaft in Bremen wird den Herren auch bald  
ein „Bis hierher und nicht weiter“ zurufen.

### Bäckerbewegung im Auslande.

Landesstreik in Ungarn. In Budapest  
hatten am 15. Mai bereits 150 Bäckereien die gestellten  
Forderungen bewilligt. Jedoch wurde in der Versamm-  
lung am 18. Mai konstatiert, daß viele davon nur zum  
Schein bewilligt hätten und die Forderungen in ihren  
Betrieben nicht durchführten. Diese Versammlung be-  
schloß, den Streik energisch weiter zu führen und soll jeder  
zu den neuen Bedingungen Arbeitende 5 pzt. seines  
Lohnes an den Streikfonds abliefern.

Der Streik in Preßburg, der anfangs ein  
partieller war, ist jetzt ein allgemeiner. Die Stadtver-  
tretung ersucht die Militärbehörde um Ueberlassung von  
Soldaten der Verpflegungsbrigade. Dies Gesuch ist  
aber abgelehnt. Die Militärbehörde ist dagegen bereit, den  
Brotbedarf gegen Bezahlung zu decken.

### Quittung.

Vom 11. bis 24. Mai gingen bei der Hauptkasse fol-  
gende Beträge ein:

Für Monat April: Mitgliedschaft-Hannover 27.90,  
Crimmitschau 29.90, Halle 28.20, Gildesheim 20.40, Braun-  
schweig 47.70, Neudorf 45.40, Altona 34.80, Würzburg  
26.—, Mühlhausen 8.40, Gießen 21.—, Königshütte 33.50,  
Chemnitz 20.80, Offenbach 56.10, Regensburg 66.40, Alten-  
berg 10.80, Bergedorf 30.60, Schönebeck 7.50, Königs-  
berg 12.30, Wiesbaden 37.—, München 608.70, Dresden  
274.70, Rothenheim 29.30, Ludwigshafen 28.80, Elberfeld  
37.75, Dortmund 24.60 M.

Für Februar bis April: Essen 34.80 M.  
Von Einzelsählern der Hauptkasse: G.  
E., Liebfrauen 12.—, L. E., Neuhof 9.40, G. B., Konstantz  
2.40, R. B., Nordhaujen.— 90 M.

Für Abonnements und Annoncen: R. B.,  
Brandenburg 2.40, R. B., Dresden 10.80, R. E., München  
5.60, Zentr.-L. Wiesbaden 4.80, Zentr.-L. Berlin  
4.80, Zentr.-L. Hamburg 4.80, Zentr.-L. R. Plauen  
4.80 M.

Der Hauptkassierer: Friedmann.  
NB. Nach dem auf dem Verbandstag in Dresden  
beschlossenen neuen Statut kommen die Postmarken 2 2/40 M  
in Regal und werden daher die Kassierer der Mitglieds-  
schaften ersucht, diese Marken mit der nächsten Abrechnung  
einzulenden.

### Anzeigen.

#### Central-Kranken- u. Sterbefälle der Bäcker

Oertliche Verwaltung Halle a. S.

Donnerstag, 4. Juni, Nachm. 4 Uhr,

#### General-Versammlung

im Restaurant „Rorixtor“, Rorixzwinger 3.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Ergän-  
zungswahl der Verwaltung. 3. Vortrag: Die Entwicklung  
der Centralkasse seit ihrer Gründung. 4. Berichtedens.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet  
A 489) Die örtl. Verwaltung Halle a. S.

#### J. J. Grünberg, Ganz-Lehr-Institut

Hamburg-St. Pauli, Thalstraße 45, part. (Privathaus)

Am 1. Pfingsttage, den 31. Mai 1903, Enftour nach  
Ubenische per Alt-Nahstedt nach dem an der Ahrens-  
burger Chaussee belegenen und vom Alt-Nahstedter  
Bahnhof in 5 Minuten zu erreichenden J. Brede's  
Gasthof (Sch. W. Sak). Gute Speisen und Getränke  
zu zivilen Preisen. [A 3.—

#### Zentralverkehr der Bäcker

#### Süddeutschlands

im Gasthof „Zum römischen König“ Holzstr. 3, Stuttgart.

A 120) Carl Saffa, Besitzer.

#### Sämtliche Münchner Bäckergehülften

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum  
gemüthlichen Loco oder Billard-Partie im [A 1.80

#### Café Wittelsbach, Herzog

Wilhelmsstr. 32.

#### Bäcker-

#### Einkaufsquelle

Grösste Auswahl in neuen und getragenen  
Herrenkleidern, sowie Anfertigung nach  
Maß zu bekannt billigsten und reellsten  
Preisen.

#### J. H. Bloch,

München, Brunstr. 3/0, vis-à-vis „Kreuzbräu“.

#### Mitgliedschaft Flensburg.

Montag, 1. Juni (2. Pfingsttag)

#### Großes Pfingstvergnügen

im Lokale des Hrn. Kerup, Sophelust, Schleswigerstr. 28  
verbunden mit Theateraufführungen und Ball-  
Anfang: Abends 7 Uhr.

Eintritt für Herren 60 Pfennig, Damen frei.  
Hierzu ladet alle Kollegen herzlich ein

A 3.— Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Wo amüsieren wir uns Pfingsten?

#### Auf nach Pinneberg!

nach dem reizenden am Gehölz belegenen Gartensalote  
des Herrn Schmidt. Dort hat die

Großbäder-Viedertafel „Teutonia“ von 1884

am 1. Pfingsttag ein Vergnügen arrangiert. Preis-  
legeln für Herren, Preiswürfel für Damen und ver-  
schiedene Belustigungen. — Abfahrt vom Hauptbahnhof  
Altona Mittags 1 Uhr 46 Min. Hierzu ladet freund-  
lichst ein [A 5.50] Der Vorstand.

#### Versammlungs-Anzeiger.

Altenburg. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 11. Juni, im

Schwarzen Adler, Kesselgasse.

Altona. (Weißbäcker). Mitgl.-Verf. Mittwoch, 3. Juni,

Nachm. 4 1/2 Uhr, bei Ebler, gr. Bergstr. 136.

Altona. (Großbäcker). Mitgl.-Verf. Sonnabend, 13. Juni,

Abends 7 1/2 Uhr, bei Ebler, gr. Bergstr. 136.

Bad Neichenhall. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni,

Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Traube.“

Bergedorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 14. Juni, Nachm.

3 1/2 Uhr, bei B. Stille, Sachjenstraße.

Brandenburg. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

3 1/2 Uhr, bei Wilh. Otto, Sieberstr. 10.

Braunschweig. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, im

Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Berlin. Diskutierstunde jeden Donnerstag, Nachm.

2 1/2 Uhr im Abstinenzheim, Neue Schönhauserstr. 12.

Berlin. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 11. Juni, Nachm.

3 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhalerstr. 11—12.

Dresden. Jeden Dienstag 3 1/2—5 Uhr, Diskutierklub

im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3.

Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag, Mitglieber-

Verf. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume,

Schwanengasse, bei der alten Weinbrücke.

Bromberg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 2. Juni, Nachm.

3 Uhr, im „Lübke“, Thalstraße.

Cassel. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 11. Juni, Nachmittags

4 Uhr, bei Hartmann, Schäfergasse 14.

Celle. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Juni, Nachmittags

4 Uhr, im Restaurant „Stadttheater“.

Crimmitschau. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

3 Uhr, in der „Centralherberge“.

Dortmund. Mitgl.-Verf. Sonntag, 14. Juni, Nachm.

4 Uhr, bei Beul, Zimmerstr.

Düsseldorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

4 1/2 Uhr, bei Herrn Paß, Breitestr.

Dresden. Diskutierstunden finden statt jeden Dienstag

Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant zur Klosterküche

und im Restaurant zur Börse in Pieschen, Leipzigerstr.

Dresden. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Juni, in der

Klosterküche, Pilsengasse.

Elberfeld. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Vorm.

11 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 82.

Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nach-

mittags 5 Uhr, in der „Borussia“.

Flensburg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 16. Juni, Nachm.

4 Uhr, in der Nordertorhallerhalle, Nordertstr. 149.

Flensburg. Offentl. Verf. Donnerstag, 4. Juni, Nachm.

3 Uhr, in der Nordertorhallerhalle, Nordertstr. 149.

(Referent: Almann-Hamburg.)

Gießen-Wehlar. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 10. Juni, im

Wiener Hof, Johannisstr.

Hamburg. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Juni, Nachm.

6 Uhr bei Lüssenhop, 1. Bergstr. 7.

Hannover. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni, Nachm.

5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Calenbergstr. 32.

Homburg v. d. S. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 10. Juni,

Abends 8 Uhr, im „Bayrischen Hof“.

Kiel. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm. 4 Uhr,

bei Schröder, Am Markt.

Ludwigshafen. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 18. Juni,

Nachm. 3 Uhr, bei Liebler, Wredestr. 33.

Lübeck. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm. 3 Uhr,

im Vereinshaus, Johannestr. 50.

Lüneburg. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Juni, Nachm.

4 1/2 Uhr, in der Lambertierhalle.

Magdeburg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni, im

Dreitauferbund, gr. Storchstr.

Menselwitz. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, im Restaur.

„Blut auf“.

Neumünster. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, bei Keller-

mann, Blönerstr. 7.

Nürnberg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni, Nachm.

5 1/2 Uhr, im „Goldenen Röcher“, Döschmannsplatz.

Offenbach a. M. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni, Nachm.

3 Uhr, in „Stadt Heidelberg“, gr. Biergrund 43.

Offenbach a. M. Jeden Donnerstag, Nachm. 2 Uhr,

Diskutierstunde in „Stadt Heidelberg“, Gr. Biergrund 41

Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

3 Uhr, in der „Königsburg“.

Regensburg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Juni, in der

„Goldenen Glode“, Glodenstr. 25.

St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Verf. Sonntag, den

7. Juni, Nachm. 3 Uhr, im Kaiserhof, Dafenstr. 9.

Strasburg i. E. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 3. Juni,

Nachm. 2 1/2 Uhr, in der „Sonne“, Gr. Stadelgasse 2.

Schwern i. M. Mitgl.-Verf. Dienstag, 2. Juni,

Nachm. 5 Uhr, bei M. Bembke, Gr. Moor 51.

Wiesbaden. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Juni, Nachm.

3 Uhr, im „Anker“, Helenestraße 5.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Almann, Hamburg,  
Roxstraße 27. — Verlag von D. Almann, Hamburg.  
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Gilbel, Friedenstr. 4.